

## Einleitung

---

„Als Fürsprecher des Minderheitendiskurses erwies sich Safer Cinar, der Sprecher des Türkischen Bundes, als denkbar ungeeignet. Er wollte den Begriff der Minderheit ausdrücklich nicht als juristische Kategorie verwendet wissen, und verwahrte sich dagegen, alles auf eine Frage der Herkunft reduzieren zu wollen – so stark, dass sich Robert Goldmann schon zu wundern begann. Schließlich, so der amerikanische Gast auf dem Podium, seien es in den USA gerade die Interessenvertreter der Minderheitenverbände, die den kulturellen Unterschied gerne überbetonen, als Argument für ihren ethnischen Lobbyismus. Doch in Deutschland tickt der Diskurs eben ganz anders.“ (taz: 15. September 2000)

„Tickt“ der Diskurs der Minderheitenverbände in Deutschland ganz anders? Wer eine Antwort auf diese Frage in der migrationssoziologischen Forschungsliteratur sucht, wird enttäuscht. Es findet sich weder eine vergleichende Untersuchung noch eine Studie zum öffentlichen Diskurs der Minderheitenverbände in Deutschland überhaupt. Bevor die Frage, ob der Diskurs „ganz anders“ ist, beantwortet werden kann, bedarf es also zunächst der Klärung, wie der Diskurs „in Deutschland tickt“. Für die *taz* scheint dies bekannt zu sein. Sie unterlässt es, weitere Erläuterungen anzuführen und setzt damit ein Wissen über diesen Diskurs bei ihrer Leserschaft voraus. Demgemäß hätte sich in der Öffentlichkeit ein Minderheitendiskurs etabliert, über dessen Beschaffenheiten sich lediglich amerikanische Beobachter wundern. Alle anderen scheinen mit dem Diskurs allgemein vertraut zu sein.

Faktisch ist die Bundesrepublik seit ihrer Gründung eines der bedeutsamsten Einwanderungsländer – nur führte dies nicht zu der Auffassung, eine „Einwanderungsgesellschaft“ zu sein (Brubaker 1994; Faist 1994; Thränhardt 1995). Nationen sind keine auf objektiven Fakten beruhenden Entitäten, sondern Vorstellungsgemeinschaften (Anderson 1988). Die Bundesrepublik kannte über Jahrzehnte keine „Einwanderer“, sondern „Ausländer“. Solche kollektiven Vorstellungen vom „Innen“ und „Außen“ einer Nation beruhen

nicht auf objektiven Fakten und Zahlen, sondern sind diskursiv vermittelt. Gemeinschaftsgrenzen werden „beschrieben“. Die Idee eines Einwanderungslandes lag für eine europäische Nation, die sich während des 19. und 20. Jahrhunderts stets als Abstammungs- oder Kulturgemeinschaft imaginierte (Gosewinkel 1998), bis vor wenigen Jahren außerhalb des Vorstellungsvermögens.

Doch Selbstbeschreibungen fallen nicht als freischwebende Diskurse vom Himmel, sondern gründen auf sozialen Trägern und Akteuren. Die entscheidenden diskursprägenden kollektiven Akteure der Nation sind dabei klassischerweise „öffentliche Intellektuelle“ (Giesen 1999). In Einwanderungsgesellschaften wie den USA engagieren sich nicht nur nationale Intellektuelle, sondern immer auch Eliten mit Migrationshintergrund. „Ethnische Identitätsmanager“ (Giordano 1997) diskutieren auf Podien und schreiben Kolumnen. Sie stellen als Verbandssprecher öffentliche Forderungen, in denen sie um Anerkennung ihres Minderheitenstatus kämpfen und dabei ein kollektives Selbstbild der Einwanderungsgesellschaft zeichnen.

Dies gilt in gewisser Hinsicht auch für die bundesrepublikanische Öffentlichkeit. Seit den letzten zwei Jahrzehnten artikulieren Sprecher von Einwandererverbänden als Teil der bundesdeutschen Zivilgesellschaft ihre Vorstellungen in den Medien (Rauer 2004b). So wie die öffentlichen Intellektuellen die kollektiven Grenzen der Nation rahmen und Zugehörigkeitskriterien konstruieren, so artikulieren ethnische Identitätsmanager die kollektiven Grenzen einer Einwanderungsgesellschaft. Über die Ego-Alter-Vorstellungen der Intellektuellen des nationalen Mehrheitsdiskurses ist bisher viel geforscht worden, über die öffentlich artikulierte Ego-Alter-Vorstellung der Minderheitenakteure wissen wir bisher nichts. Um zu verstehen, wie sich die Bundesrepublik zunehmend als Einwanderungsland konstituiert, ist es jedoch unabdingbar, sich den medialen Repräsentationen dieser Akteure zuzuwenden. Hierzu will dieses Buch einen Beitrag leisten.

Analysiert werden die öffentlichen Forderungen und Kommentare zweier türkischer Dachverbände in bundesdeutschen Printmedien für den Zeitraum von 1995 bis 2004. Die Untersuchung stützt sich auf sämtliche Artikel, in denen Äußerungen der Dachverbände namentlich erwähnt wurden. Im Mittelpunkt der Fragestellung stehen dabei nicht nur die inhaltlichen Themenschwerpunkte, sondern auch die Identitäts- oder Integrationsvorstellungen der Verbände, die von den deutschen Printmedien aufgegriffen und diskutiert werden. Diese von den deutschen Printmedien als diskussionswürdig akzeptierten Ego-Alter-Unterscheidungen der Verbände repräsentieren also nicht nur eine Grenze der „imagined community“ (Anderson 1988) von Seiten der Einwandererverbände, sondern sind auch als minimaler Konsens einer sich mit Einwanderung und Integration auseinandersetzenen Öffentlichkeit zu interpretieren.

Die Entscheidung, einen Medienkorpus über zehn Jahre systematisch zu untersuchen, in den sowohl die Mehrheits- als auch die Minderheitsmeinungen eingehen, d.h. einen Diskurs der Dachverbände, dessen Publizität auf den deutschen Printmedien beruht, basiert auf einer zentralen Vorannahme: Wenn die Bundesrepublik, wie zunehmend postuliert, ein Einwanderungsland sei, dann muss dies empirisch und methodisch auf neue Weise berücksichtigt werden. Um einem breiteren Publikum zugänglich zu sein, vermitteln sich die einwanderungspolitisch relevanten Beiträge der Verbände in erster Linie über deutsche Printmedien. Diese den Mehr- und Minderheitendiskurs miteinander verschränkenden Medienprodukte bilden daher den entscheidenden empirisch zu analysierenden Ort.

Anders als sonst üblich wird hier nicht ein scheinbar homogener Minderheitendiskurs – in türkischsprachigen Zeitungen – einem Mehrheitsdiskurs – in deutschen Printmedien – kontrastiv vergleichend gegenübergestellt. Vielmehr wird von einer strukturellen Verflochtenheit der Minder- und Mehrheitsdiskurse ausgegangen. Damit soll keineswegs behauptet werden, dass es relativ isolierte Minderheitsdiskurse nicht gäbe. Die Annahme besagt indes, dass für das migrationspolitische öffentliche Feld einer Einwanderungsgesellschaft solche Binnendiskurse nur von geringer Bedeutung sind. Wesentlicher sind vielmehr die „Schnittstellen“ und Überschneidungszonen dieser Diskurse. Anders formuliert: entscheidend für die öffentliche Dimension von Integration sind diejenigen Diskursinhalte, die die jeweiligen Einzelpositionen des Minder- und Mehrheitsdiskurses übergreifen.

Diese Perspektive orientiert sich an dem Konzept der „demokratischen Staatsbürgerschaft“ von Chantal Mouffe. Mouffe begreift die Wirksamkeit von kollektiven Akteuren und Diskursen nicht in ihrer Binarität, sondern in ihrer Positionalität. Nicht die subjektiven Meinungen, sondern die Bündelung und Überschneidungen von Bedeutungssetzungen und Diskursen sind öffentlich und politisch relevant.

Der migrationspolitische Diskurs wird dabei nicht als Ausdruck eines „einheitlichen Subjekts“, sei es eines Verbandes oder eines Nationalstaates, sondern als ein kommunikatives Gefüge verstanden. Dieses Gefüge setzt sich aus den multiplen und miteinander in Relation stehenden Argumentationsweisen – aus Subjektpositionen – zusammen. Die verschiedenen Positionen sind also nicht als unveränderliche monolithische Differenzen, sondern als prekär und disponibel zu verstehen. Sie werden, so Mouffe, „innerhalb bestimmter Diskurse hergestellt und immer nur prekär und vorübergehend an den Schnittstellen der Subjektpositionen vernäht [...]“ (Mouffe 1993: 14). Entscheidend ist also die Analyse der Schnittstellen. Ansonsten würde die Analyse eine Dichotomie zwischen Mehr- und Minderheitsdiskurs monolithisch fortschreiben und damit den Blick von den potentiellen integrativen Ressourcen einer Einwanderungsgesellschaft ablenken. Wie die Analyse dieser diskursiven

Schnittstellen konkret und empirisch zu operationalisieren ist, wird in dem Kapitel zu den Beobachtungsperspektiven (Kapitel 1) mit Blick auf neuere diskursanalytische Ansätze (Keller et al. 2005) ausführlich erläutert.

Öffentliche migrationspolitische Diskurse sind grundsätzlich durch implizite Annahmen über das „Fremde“, die „Integrationswilligkeit“, die nationalen Identitäten und Minderheiten oder, wie zuletzt, durch Vorstellungen über Globalisierungs- und Transnationalisierungsprozesse geprägt. Dies sind alles klassische und zentrale Themen der Soziologie. Gleichwohl unterscheiden sich die soziologischen Konzepte, trotz bisweilen gleichlautender Begriffe, erheblich von den öffentlichen Verwendungsweisen. Für eine Diskursanalyse muss deshalb vorab die in der Analyse verwendete genuin soziologische Bedeutung geklärt werden. Dies geschieht in den Kapiteln 2, 3 und 4 im ersten Teil dieses Buches.

Die Diskussion der theoretischen Ansätze dient darüber hinaus nicht nur der Wiedergabe des bisherigen Forschungsstandes, sondern auch der Schaffung eines analytischeren und damit kompetenteren Deutungsvermögens angesichts der komplex miteinander verwobenen Argumentationsweisen. Um ein zentrales Beispiel zu nennen: In der Öffentlichkeit wird in den letzten 10 Jahren in der migrationspolitischen Debatte stets der Begriff „Integration“ verwendet. Was darunter zu verstehen ist, bleibt zumeist völlig ungeklärt. Die einen verstehen darunter offenbar die Anpassung der Migranten an die Mehrheitsgesellschaft, die anderen meinen hingegen den Erwerb von Bildungstiteln und konkurrenzfähigen Kompetenzen, um nur zwei der gängigen Varianten zu nennen.

Systematisiert werden die theoretischen Voraussetzungen gemäß ihrer jeweiligen Perspektive. Die hier gewählte Systematisierung unterscheidet nicht, wie sonst üblich, in Mikro-, Meso- und Makroansätze, welche sich in erster Linie deskriptiv auf die Größe des jeweils beobachteten sozialen Raumes beziehen. Vielmehr will die Systematisierung zusätzlich zu solchen Unterscheidungen die jeweiligen epistemologischen Grundlagen – die „Beobachterperspektiven“ (Luhmann 1998: 879-893) – herausarbeiten. Drei solcher Perspektiven werden im ersten Teil dieses Buches verhandelt: erstens der *individualisierende* Blick auf die Migranten, zweitens der *nationalisierende* Blick auf kollektive Identitäten und drittens der *universalisierende* Blick auf globale soziale Strukturen.

Die erste Perspektive – die *Individualisierung* – beobachtet migrationsinduzierte Folgen anhand der Konzepte des „Fremden“ und des „Ausländers“. Dahinter verbergen sich die theoretischen Modellbildungen zur Marginalisierung und Assimilation (Kapitel 2). Die zweite Perspektive – die *Nationalisierung* – beobachtet dieselben migrationsinduzierten Folgen mit den Konzepten der kollektiven Identität und Ethnizität. Dies sind intersubjektive Modelle die sich mit kollektiv gültigen Grenziehungsprozessen zwischen einem sozialen

Innen versus Außen sowie zwischen Mehr- und Minderheiten beschäftigen (Kapitel 3). Die dritte Perspektive – die *Universalisierung* – lenkt den Blick auf universale soziale Systeme und Räume. Dahinter stehen Theorien, die nach den objektivierten Strukturen in funktional differenzierten Gesellschaften und transnationalen Vergemeinschaftungen fragen (Kapitel 4).

Im zweiten Teil des Buches wird nach einer methodischen Erläuterung die Analyse der medialen Repräsentation von türkischen Dachverbänden vorgenommen. Die empirischen Daten beruhen auf einer Gesamterfassung von vier überregionalen Tageszeitungen über einen zehnjährigen Zeitraum. Der Zeitraum erlaubt nach Transformationen des migrationspolitischen Feldes innerhalb dieser Periode zu fragen. Für die Analyse wurden sämtliche Artikel ausgewählt, die zwei maßgebliche einwanderungspolitische Dachverbände, entweder die *Türkische Gemeinde in Deutschland* oder den *Türkischen Bund Berlin-Brandenburg* erwähnten (Kapitel 5). Die Analyse der Daten erfolgte in zwei Schritten. Zunächst wurden sämtliche Artikel konventionell inhaltsanalytisch vorkodiert, um die allgemeine mediale Präsenz der Verbände zu bestimmen (Kapitel 6). Anschließend wurden die drei häufigsten migrationspolitischen Themenfelder der Forderungen der Verbände qualitativ rekonstruiert und analysiert (Kapitel 7). Das Buch endet mit einer die Beobachterperspektiven wieder aufgreifenden diskurstheoretischen Deutung. Hier werden die drei wichtigsten Diskurse mit Blick auf ihre implizit vorausgesetzten Ego-Alter-Relationen interpretiert (Kapitel 8). Eine solche in zwei Schritten sich vortastende induktive Vorgehensweise erwies sich auch deshalb als notwendig, weil keine vergleichbaren Medienanalysen zu Verbänden vorlagen, auf deren methodische Instrumentarien hätte zurückgegriffen werden können.

Folgende Ergebnisse lassen sich vorab und zur weiteren Orientierung abstecken. Erstens: Bei einem Vergleich der quantitativen Präsentationsmuster der Berichterstattung zeigen sich kaum Unterschiede bei der redaktionellen Ausrichtung verschiedener Zeitungen. Dieser Befund rechtfertigt es, von einem verstetigten Diskurs der türkischen Dachverbände in deutschen Printmedien auszugehen. Zweitens: Bei der inhaltlichen Analyse kristallisierten sich drei diskursive Themenfeldern als quantitativ und qualitativ am bedeutsamsten heraus: *Staatsbürgerschaft*, *Islam* und *Integration*. Im Staatsbürgerschaftsdiskurs thematisieren die Verbände das Einwanderungsgesetz und die Legalisierung der doppelten Staatsbürgerschaft. Im Diskurs zum Islam werden Topoi wie das Kopftuch, der bekennende Religionsunterricht an staatlichen Schulen sowie der islamistische Terrorismus verhandelt. Im Integrationsdiskurs formulieren die Verbände Forderungen zu Integrationskursen, zu Bildungseinrichtungen sowie anderen Formen des Kompetenzerwerbs.

Drittens: Allgemein betrachtet spiegelt sich in diesen drei Diskursen ein Paradigmenwechsel von der alten „Ausländerpolitik“ zu einem neuen Feld – der „Integrationspolitik“ – wieder. Aus vormaligen Ausländern werden in der

Integrationspolitik Einwanderer. Besonders bemerkenswert erscheint hier, dass dieser Paradigmenwechsel durch die türkischen Dachverbände inhaltlich vorformuliert und damit selbst mitgeformt wurde.

An die inhaltliche Rekonstruktion dieser drei Themenfelder knüpft abschließend eine die theoretischen Ansätze aufgreifende diskurstheoretische Deutung an. Hier lassen sich folgende Ergebnisse benennen: Der Integrationsdiskurs folgt individualisierenden Grenzvorstellungen, der Staatsbürgerschaftsdiskurs nationalisierenden Grenzvorstellungen und der Islamdiskurs universalisierenden Grenzvorstellungen. Als epistemologische Voraussetzung der Beobachterperspektiven zeigt sich, dass zwei wesentliche formativen Unterscheidungen sowohl das Feld der öffentlichen Migrationspolitik als auch die wissenschaftliche Beobachtung leiten: die Unterscheidung in *additive* und *exklusive* Konstruktionen von Ego-Alter-Verhältnissen. Der *additiven* Grenzbestimmung liegt eine Sowohl-Als-Auch-Logik, der *exklusiven* Grenzbestimmung liegt eine Entweder/Oder-Logik zugrunde.

Im Integrationsdiskurs wird den Individuen die additive Fähigkeit zugeordnet, sowohl den Anforderungen der Herkunftskultur als auch denen der Ankunftskultur gerecht zu werden. Aus Sicht des migrierenden Individuums gilt also ein verdoppeltes, deutsch-türkisches Sowohl-Als-Auch als anschlussfähig. Im Staatsbürgerschaftsdiskurs teilen sich hingegen beide Formen je nach migrationspolitischer Orientierung auf. Die konservativen Stimmen betonen die exklusive Zugehörigkeit im Sinne des Entweder/Oder, die sozialdemokratischen Stimmen plädieren für eine Verdoppelung der Staatsbürgerschaft. Der Islamdiskurs ist wiederum übereinstimmend nach der exklusiven Entweder/Oder-Logik geformt. Öffentliche Glaubensfragen gelten nicht als addierbar, sie schließen sich im Sinne eines Entweder/Oder wechselseitig aus.

Insgesamt folgt der migrationspolitische Diskurs der Dachverbände in den deutschen Medien weder der Logik einer nationalen Homogenisierung, noch einer kulturellen Differenz. Nicht nationale Identität versus multikulturelle Differenz bestimmen die öffentliche Dimension von Integration, sondern additive und exklusive Unterscheidungskriterien.